

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 35/39  
Telefax: 888 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Katrin Fuchs MdB zur  
anderen Seite der  
Bush-Initiative: Abrü-  
stung a la Potemkin?  
Seite 1

Gernot Erler MdB zu  
den Parlamentswahlen  
in Bulgarien: Den An-  
schluß gefunden.  
Seite 3

Siegrun Klemmer MdB  
zum jüngsten Zwi-  
schenfall in dem ukrai-  
nischen Atomkraftwerk:  
Ein drittes Tschernobyl  
muß verhindert werden.  
Seite 4

Konrad Gilges MdB  
zum Umgang mit Asyl-  
gewährung, Flücht-  
lingsbewegungen und  
Ausländerfeindlichkeit:  
Zum Beispiel der Köl-  
ner Arbeitskreis für das  
ausländische Kind.  
Seite 6

46. Jahrgang / 199

17. Oktober 1991

### Abrüstung a la Potemkin? Zur anderen Seite der Bush-Initiative

Von Katrin Fuchs MdB

Die jüngste spektakuläre Initiative von Präsident Bush bringt Abrüstungsfortschritte, die Signale in die richtige Richtung setzen. Zugleich jedoch wirft sie eine Reihe von gravierenden Fragen auf, die unge-  
trübte Freude nicht aufkommen lassen.

Gorbatschow hat die einseitigen Schritte von Bush völlig symmetrisch beantwortet, ist weder dahinter zurückgeblieben, noch weitergegangen. Darüber hinaus aber hat der sowjetische Präsident weiterführende Vorschläge gemacht, die nicht unter den Tisch fallen sollten.

Unter dem Aspekt der Kriegsverhütung bzw. der Stabilisierung des Friedens kommt drei Aspekten besondere Bedeutung zu, die das Risiko eines nicht autorisierten Einsatzes von Kernwaffen und der frühzeitigen Anwendung derartiger Kampfmittel verringern. Das betrifft **erstens** die Aufhebung der ständigen Alarmbereitschaft der strategischen Bomberflotte der USA und der Sowjetunion. Auch der von beiden Seiten verkündete Verzicht auf die Entwicklung (neuer) mobiler Interkontinentalraketen geht in die gleiche Richtung.

**Zweitens** wirkt der Abzug aller sogenannten taktischen Atomwaffen aus den amerikanischen und sowjetischen Seestreitkräften in Friedenszeiten stabilisierend. Und **drittens** beseitigt insbesondere die Eliminierung der sowjetischen Kurzstreckenraketen und Atomartillerie die Gefahr, daß diese Waffen in Bürgerkriegen mißbraucht werden.

So weit die gute Nachricht. Andererseits weist die Bush-Initiative nicht wenige Aspekte auf, die zu der Befürchtung Anlaß geben, daß dabei auch gänzlich andere Motive als die Erhöhung der internationalen Stabilität durch nukleare Abrüstung eine Rolle spielen. Denn im Kern läuft diese Initiative zugleich auf eine Rationalisierung der amerikanischen Kernwaffenarsenale, auf eine Effektivierung der verbleibenden Rüstungsprogramme und die Schaffung neuer Spielräume für den Ausbau der technologischen Überlegenheit der USA hinaus. Selbst die Fachzeitschrift "Aviation Week & Space Technology" kommt zu dem knappen Ergebnis: "Wenig Verlust an militärischen Fähigkeiten der USA."

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung für den Inhalt  
übernimmt die Redaktion  
Ansprüche: Papper



Das beginnt schon mit der hierzulande geradezu euphorisch begrüßten Ankündigung des Abzugs aller Lance- und atomaren Artilleriasprengköpfe. Dies Präsident Bush besonders zu honorieren, fällt allerdings schwer, denn die betreffenden Waffen sind seit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Zerfall des Warschauer Vertrags vollends sinnlos geworden. Mit ihren sehr kurzen Reichweiten könnten sie in Zentraleuropa nur deutsches Territorium oder das unserer neuen Partner Polen und CSFR treffen. In der NATO gibt es bereits seit 1990 den Konsens, diese Waffen abzuschaffen, Waffen, deren im Wortsinne selbstmörderischen Charakter selbst Unionspolitiker wie Alfred Dregger seit geraumer Zeit erkannt haben. Der Abzug dieser Systeme ist keine besondere Leistung mehr, sondern bestenfalls folgerichtig.

Gleichzeitig will Präsident Bush jedoch sicherstellen, "daß wir in Europa ein wirksames atomares Potential für den Einsatz in der Luft beibehalten." Und das bedeutet nach wie vor die Aufrechterhaltung der Option für neue luftgestützte Atomraketen. Zwar soll das bisher favorisierte System SRAM (taktische Kurzstrecken-Angriffsrakete) nicht mehr gebaut werden, weil dessen 'Muttersystem' SRAM II gestrichen worden ist. Dies allerdings geschah, wie Pentagon-Sprecher Pete Williams bestätigte, "zu einem guten Teil" wegen technischer Probleme. Über die Zukunft neuer luftgestützter Atomraketen insgesamt ist damit überhaupt nicht entschieden. Vielmehr ziehe - so Pete Williams - das Pentagon in Erwägung, eine andere Luft-Boden-Waffe zu bauen, wenn die NATO das für notwendig erachte. Und genau das ist der Beschlußstand des Bündnisses am Vorabend der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe in Taormina am 16./17. Oktober 91. Die Bundesregierung muß auf dieser NPG-Sitzung deutlich machen, daß die Bundesrepublik weder bereit ist, die Entwicklung solch neuer Atomraketen in irgendeiner Weise zu unterstützen noch sie auf deutschem Boden zu stationieren. Darüber hinaus muß die Bundesregierung die vollständige Beseitigung der in der Bundesrepublik lagernden Atombomben fordern. Eine Halbierung - wie in US-Regierungskreisen angedacht - und auch eine zentrale Lagerung - wie von Gorbatschow vorgeschlagen - genügen nicht; Ziel muß die vollständige Beseitigung aller Varianten taktischer Nuklearwaffen sein, wie Gorbatschow dies für die seegestützten taktischen Nuklearwaffen vorgeschlagen hat.

Auch im strategischen Bereich enthält Präsident Bushs Abrüstungsinitiative eine Reihe von fragwürdigen Elementen, die ihren abrüstungspolitischen Wert spürbar mindern. So wird der sowjetischen Seite vorgeschlagen, alle landgestützten Interkontinentalraketen mit mehreren Sprengköpfen auszusondern. Die Forderung, Raketen mit Mehrfachsprengköpfen zu verbieten, wird in der Tat von Experten seit langem gestellt, weil diese Waffen als besonders destabilisierend gelten. Bush beschränkt sich jedoch nur auf die landgestützten Raketen und läßt die entsprechenden Systeme auf U-Booten und die in ihrer Wirkung vergleichbaren, mit bis zu 20 Raketen/Bomben bestückten strategischen Bomber außer acht. Das erinnert fatal an das altbekannte Pokerspiel früherer Verhandlungen, bei denen jeder versuchte, die eigenen Vorteile zu wahren und die der Gegenseite zu beschneiden. Bekanntlich hat die UdSSR bei landgestützten Interkontinentalraketen ein Übergewicht, während die USA bei U-Boot-gestützten Raketen und bei Bombern überlegen sind.

Schließlich machte Präsident Bush auch kein Hehl daraus, daß alle entscheidenden strategischen Rüstungsprogramme der USA fortgeführt werden. Das gilt für die Einführung der Trident-II-Raketen ebenso wie für den B-2-Bomber, die Entwicklung der Midgetman-Rakete und nicht zuletzt für SDI. Dazu paßt, daß Bush im Gegensatz zu Gorbatschow einen nuklearen Teststopp nicht erwähnt. Die qualitative technologische Rüstungsentwicklung wird damit in nahezu voller Breite weiterbetrieben. Da drängt sich angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Probleme der Vereinigten Staaten schon die ketzerische Frage auf, ob die jetzige Abrüstungsinitiative nicht auch zum gegenteiligen Zweck bestimmt ist. Bush jedenfalls betonte: "Wir müssen das B-2-Programm und das SDI-Programm voll finanzieren."

Die Bush-Initiative ist weit davon entfernt, ein historischer Durchbruch hin zur schrittweisen Beseitigung aller Atomwaffen zu sein. Sie ist vielmehr ein Schritt zur Anpassung des US-Nuklearpotentials an veränderte strategische Bedingungen.

Nicht die Maßnahmen in Gorbatschows Antwort, sondern seine Vorschläge gehen - zwar nicht spektakulär, aber doch wesentlich - über Bush hinaus. Dafür stehen die Vorschläge, alle see-gestützten taktischen Nuklearwaffen zu vernichten, luftgestützte taktische Nuklearwaffen einzulagern (zu wenig, aber möglicherweise ein Zwischenschritt), Atomtests auszusetzen und die Produktion von waffenfähigem Material zu beenden. Diese Vorschläge können als Schritte in Richtung auf das 1986 proklamierte Ziel, bis zum Jahr 2000 alle Atomwaffen zu beseitigen, eingeordnet werden. Die Position der Sowjetunion wird aber auf Dauer viel zu schwach sein, um solchen Positionen gegenüber den USA Nachdruck verleihen zu können. Das können heute nur die anderen westlichen Länder tun und nach Lage der Dinge fängt dies mit dem Disput über jene neuen luftgestützten Atomwaffen an, die heute die Nukleare Planungsgruppe der NATO beschäftigt.

(-/17. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Den Anschluß gefunden Zu den Parlamentswahlen in Bulgarien

Von Gernot Erler MdB  
Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Parlamentariergruppe

Die bulgarischen Parlaments- und Kommunalwahlen vom 13. Oktober sind noch nicht fertig ausgezählt. Auf der Basis von 97 Prozent gezählter Stimmen lassen sich aber einige Resultate bereits festhalten und bewerten:

- BSP (Bulgarische Sozialistische Partei, die Nachfolger der KP) und UDK-Bewegung (Union der Demokratischen Kräfte), die bisher gemeinsam die Regierung bildeten, gehen als Sieger aus den Wahlen hervor, mit leichtem Vorsprung für die frühere Oppositionsallianz UDK; der Abstand wird aber mit circa 34,5 zu 33,8 Prozent (110 zu 106 von 240 Parlamentssitzen) ziemlich gering ausfallen.
- Zünglein an der Waage in dieser Patt-Situation ist die "Bewegung für Rechte und Freiheiten", die Partei der türkischen Minderheit, sie wird auf circa 7,6 Prozent (24 Sitze) kommen und in Regierungsverhandlungen mit der UDK eintreten.
- Alle übrigen Parteien und Wahlbündnisse scheiterten an der Vier-Prozent-Hürde, so daß praktisch jeder vierte Wähler eine Partei gewählt hat, die jetzt nicht im Parlament vertreten ist.

Die Sozialisten Alexander Lilows verlieren ihre Regierungsbeteiligung, oder anders ausgedrückt: Im zweiten Anlauf (der erste war im Juni 1989) haben die bulgarischen Wähler die Nachfolger der Kommunisten deutlich auf die Oppositionsbänke geschickt. Deutlich insofern, als viele der jetzt vor den Toren des Parlaments abgefangenen Parteien ebenfalls zur nicht-kommunistischen Opposition zu zählen sind. Überraschend ist, daß die Vereinigte Agrarunion (Ex-Blockpartei) bei fast 3,9 Prozent ebenso hängengeblieben ist wie ihr oppositionelles Pendant, die Bauernpartei Nikola Petkow (3,2 Prozent). Eine Vereinigung hätte bestimmt den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde gebracht. Verhängnisvoll hat sich auch für andere Oppositionsparteien der Austritt aus der UDK erwiesen: Die Sozialdemokraten, die mit Teilen vom "Öko-Glasnost" ein "UKD-Zentrum" bildeten und obendrein noch eine Abspaltung hinnehmen mußten, verfehlten mit 3,4 Prozent ebenso das Parlamentsziel wie die Grünen und der Klub für Glasnost und Perestrojka, die als "UDK-Liberale" angetreten waren (knapp drei Prozent).

Zu den Verlierern gehört damit auch Dr. Petar Derliew, der Vorsitzende der Sozialdemokraten. Seine Strategie war es, die Sozialdemokraten zu einer linken Alternative zu den Sozialisten zu machen, attraktiv auch für geläuterte Ex-Kommunisten. In völliger Fehleinschätzung des

eigenen Potentials trennte er sich aus der Oppositionsallianz UDK und mußte auch noch einen Teil seiner Partei in dem Hauptflügel namens "UDK-Bewegung" zurücklassen. Nach der Wahlniederlage stehen die bulgarischen Sozialdemokraten vor einem politischen Scherbenhaufen, auch wenn einige ihrer Abtrünnigen persönlichen den Sprung ins Parlament schaffen. Hätte sich die UDK nicht in drei Teile aufgesplittet, hätte es rechnerisch gesehen zu einer deutlichen absoluten Mehrheit im Parlament reichen müssen.

Jetzt steht der Neubeginn im Parlament vor zwei Belastungen: Nach der Erklärung der "Bewegung für Rechte und Freiheiten", die ihr Wählerpotential unter den nationalen Minderheiten recht erfolgreich ausschöpfen konnte, auf keinen Fall mit der BSP zu koalieren, bleibt nur eine nichtsozialistische Regierungskoalition als Möglichkeit übrig. UDK-Chef Dimitrow wird aber Mühe haben, mit den Leuten von Mehmet Dogan zu Kompromissen bei der Frage der türkischen Minderheit zu kommen. Denn - und das ist das zweite Problem - in der siegreichen UDK-Allianz "Bewegung" dominieren eher Wirtschaftsliberale, Konservative und nationale Kräfte. Mit Zugeständnissen an die Minderheiten verprellen sie ihre Klientel. Auch untereinander erscheint das erfolgreiche Wahlbündnis als nicht sehr stabil. In jedem Fall bleiben im Parlament zwei wichtige Wählersegmente ausgeblendet: die Wähler der beiden Bauernparteien und das links-ökologische Oppositionsspektrum.

Eine solche Entwicklung gehört durchaus zur Typologie der osteuropäischen Reformgesellschaften. Bulgarien litt in den letzten zwei Jahren darunter, daß die ersten Parlamentswahlen noch den Reformkommunisten eine Mehrheit verschafft hatten, die dann in der politischen Praxis allerdings zerbröckelte. Jetzt hat das Balkanland bei der Wanderung nach Europa abgeschlossen. Die Ergebnisse des 13. Oktober stärken das internationale Vertrauen in die bulgarische Entwicklung. Doch die interne Herausbildung eines modernen Parteienstaates ist längst noch nicht abgeschlossen. Die Parteien, die jetzt die Verantwortung übernehmen, werden noch über Jahre hin Mangel und Wirtschaftskrise verwalten müssen. Die osteuropäische Parallel-Erfahrung zeigt, daß dabei noch erdrutschartige politische Verschiebungen vorkommen.

Bulgarien hat den Anschluß an die mittel- und südosteuropäische Entwicklung mit den Parlamentswahlen gefunden. Umso deutlicher grenzt sich ein Nachbar ab, der diesen Prozeß noch vor sich hat: Rumänien.

(-/17. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Ein drittes Tschernobyl muß verhindert werden** **Zum jüngsten Zwischenfall in dem ukrainischen Atomkraftwerk**

**Von Siegrun Klemmer MdB**

**Mitglied im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages**

Immer häufiger sind wir gezwungen, uns mit dem Thema Kernkraft zu befassen. In jüngster Zeit waren die Stichworte Greifswald, Kosloduj, Wismut. Und nun Tschernobyl, auch nicht zum ersten Mal. Und auch die anderen der 15 Atomkraftwerk-Standorte in der UdSSR sind nach unseren Maßstäben besonders gefährlich. Seit 1989 wurden in der Sowjetunion insgesamt 118 außerplanmäßige Abschaltungen registriert, davon 54 wegen Bedienungsfehlern des Personals, 63 wegen Versagens der Abrüstung und einmal, in Armenien, nach dem Erdbeben.

Dabei könnte nicht nur die Ukraine gut ohne Tschernobyl auskommen: Der Unglücksreaktor stellt dort nur sieben Prozent der Kraftwerkskapazität: Gleichzeitig sind andere Energiequellen verfügbar. In Sibirien lagern 38 Prozent der in der Welt bekannten Vorkommen von Erdgas, einer vergleichsweise sauberen Energiequelle. Die immensen Ölvorkommen der Sowjetunion stellen immer noch an die zehn Prozent der Weltreserven. Aber bei der Erdölförderung und -

Verarbeitung kommt es zu katastrophalen Bodenverschmutzungen. In den Gebieten der Förderung sind die Böden in einem Radius von ein bis zwei Kilometer um die Förderstellen mit Öl in einer Schicht bis zu zwei Metern verschmutzt.

Hier liegen Möglichkeiten zur Hilfe: Das gilt nicht nur für die Rohstoffgewinnung, sondern auch für die Produktion. Gerade 60 bis 65 Prozent eines Barrels Öl werden in den veralteten sowjetischen Raffinerien genutzt, gegenüber einem Wirkungsgrad von 90 bis 95 Prozent in westlichen Raffinerien. Das Einsparpotential ist beträchtlich. Der Verbrauch an Brennstoff und Energie je Einheit erzeugten Bruttosozialprodukts ist mindestens dreimal so hoch wie in westlichen Industrieländern, Tendenz steigend.

Insgesamt wird das Einsparpotential auf 30 bis 60 Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs geschätzt. Zum Teil gehen Energieressourcen ohne jeden Nutzeffekt verloren und belasten die Umwelt. Bei der Erdölförderung werden Jahr für Jahr um die 15 Milliarden Kubikmeter Gas abgefackelt, entspricht einem Drittel des Erdgasverbrauchs von Großbritannien. Große Mengen Erdgas gehen wegen unzureichender Dichtungen direkt am Bohrloch verloren. Die direkten Förderverluste werden 1989 auf nochmal 14 Milliarden Kubikmeter Gas beziffert. In den sowjetischen Raffinerien könnte nach Ansicht westlicher Experten die Hälfte des Energieverbrauchs problemlos eingespart werden. Der überhöhte Energieverbrauch in der Eisen- und Stahlindustrie übersteigt die Energieerzeugung aller Kernkraftwerke.

In den privaten Haushalten kann die Wärme der Heizungen nicht reguliert werden, und wegen des Fehlens einer zuverlässigen Wärmeisolierung gehen hier jährlich 200 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verloren, das ist die Hälfte des Energieexports der UdSSR. Schon diese wenigen Zahlen verdeutlichen, daß die Sowjetunion mit westlicher Hilfe relativ bald auf Kernenergie verzichten könnte, zumal außerdem für die nächste Zeit zunächst eine starke Erringung des Energieverbrauchs zu erwarten ist. Diese Zeit kann, sie muß genutzt werden für einen energiepolitischen Neuanfang in Osteuropa.

Bundesumweltminister Töpfer reist morgen nach Tschernobyl. Wir hoffen, daß er in seinem Gepäck diesmal keine Ersatzteile aus Greifswald dabei hat. Es sollte der Sowjetunion stattdessen Hilfen für die Rohstoffförderung unterbreiten, für moderne Energieproduktion und sparsamen Verbrauch. Diese Hilfe kann mit den geförderten Rohstoffen bezahlt werden. Als ein Hauptgeber der bisherigen finanziellen Hilfen kann sich die Bundesregierung nicht damit herausreden, sie hätte auf die Energiepolitik Osteuropas keinen Einfluß.

Kernkraftwerke stellen eben nicht nur ein Sicherheitsrisiko dar, bei entsprechender Energiepolitik sind sie schlicht überflüssig. Dies gilt für die Sowjetunion ganz offensichtlich. Nicht auf der Stelle können dort sämtliche Kernkraftwerke abgeschaltet werden, aber schon bald. Es ist möglich, und es ist nötig. Die SPD fordert den Bundesumweltminister auf, das seine dazu beizutragen und nicht etwa in Armenien ein stillgelegtes Atomkraftwerk mit deutscher Hilfe wieder in Betrieb gehen zu lassen. Ein drittes Tschernobyl, nachdem wir am letzten Freitag hauchdünn an einem zweiten Gau vorbeigekommen sind, muß mit unserer Hilfe in jedem Fall verhindert werden.

(-/17. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Zum Beispiel: Der Kölner Arbeitskreis für das ausländische Kind**  
Zum Umgang mit Asylgewährung, Flüchtlingsbewegungen und Ausländerfeindlichkeit

Von Konrad Gilges MdB

Die Debatte innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Asylgewährung, den Flüchtlingsbewegungen und der Ausländerfeindlichkeit beschränkt sich weitgehend auf juristische und administrative Vorschläge. Diese Betrachtungsweise ist gegenüber dem Problem unangemessen. Die hier lebenden Ausländer vermissen dabei die praktische Solidarkät, die mit der Situation konfrontierten Sachkundigen beklagen ein wirklichkeitsfremdes Handlungskonzept und die mit sozialer Not konfrontierten Bundesbürger fordern wirksame Maßnahmen. Diesen berechtigten Ansprüchen werden wir nicht allein mit Worten gerecht. Vielmehr sind Taten angebracht.

Ein erfolversprechendes Beispiel ist in diesem Sinne der Arbeitskreis für das ausländische Kind (AaK) in Köln. Im Verein sind derzeit etwa 400 Mitglieder zusammengeschlossen. Die Arbeit wird durch Mitgliedsbeiträge und durch öffentliche Mittel finanziert, wobei sich die Tätigkeiten im einzelnen auf den Vorschulbereich, den Schulbereich und den Jugend- und Erwachsenenbereich beziehen. In fünf internationalen Kindergärten werden von deutschen und ausländischen ErzieherInnen etwa 160 Kinder betreut. Durch weitere Maßnahmen können hier insbesondere die Eltern- und Kleingruppenarbeit sowie die Beobachtung verhaltensauffälliger Kinder durchgeführt werden. Daneben werden an sechs Kölner Grundschulen durch den AaK Einschulungshilfen und Schulbegleitung für ausländische Kinder gewährleistet. Im Schulbereich betreut der Verein in Initiativgruppen derzeit circa 1.800 ausländische Kinder und Jugendliche. Drei bis viermal pro Woche, meist nachmittags, bieten mehr als 350 ehrenamtliche Helfer, vorwiegend Pädagogen oder Laien mit pädagogischen Erfahrungen, ein an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtetes und dem Alter entsprechendes Angebot an. Hierzu gehören besonders die Hilfen bei den Hausaufgaben, wobei die Freizeitgestaltung ausreichend Berücksichtigung findet.

Die Jugendgruppen (ab 16 Jahren) beschäftigen sich mit Fragestellungen wie Berufsfindung, Bewerbung sowie alters- und geschlechtsspezifischen Problemen. Gleichzeitig findet in besonderen Fällen eine Einzelhilfe statt, die zur Zeit von etwa 70 ehrenamtlichen Helfern geleistet wird. Dadurch konnte häufig die Versetzung in eine Sonderschule verhindert oder aber auch der Schulübergang in weiterführende Schulen ermöglicht werden. Im Jugend- und Erwachsenenbereich führt der AaK jedes Jahr acht Sprachkurse für ausländische Jugendliche und Arbeitnehmer durch. Ein weiteres vorbildliches Projekt ist in einem Wohngebiet eingerichtet worden, das fast ausschließlich von türkischen MitbürgerInnen bewohnt wird. Hier hat der Verein zwei Wohnungen und ein Apartment angemietet, um der in einer ghettoartigen Situation lebenden Bevölkerung Kölns zahlreiche Projekte anbieten zu können. Dazu gehören neben den zuvor beschriebenen Maßnahmen spezielle Angebote zur Berufsvorbereitung, Sportaktivitäten und Kreativgruppen. Zusammen mit anderen Initiativen arbeitet der AaK in Köln, wie aufzuzeigen war, zugunsten einer von Toleranz und Offenheit geprägten Ausländerpolitik.

Durch den persönlichen Einsatz der Mitglieder, durch das Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiter und die Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung konnte ein lebendiges Modell für eine ausländerfreundliche Stadt entwickelt werden. Eine solche Arbeit verdient Beachtung, Förderung und Nachahmung.

(-/17. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*